



vaim-Positionspapier zur Bundestagswahl 2025

Für eine zukunftsgerichtete Gigabit- und Digitalpolitik

Den Wirtschaftsstandort Deutschland
wieder auf Kurs bringen

#Wettbewerbverbindet

vaim

Vorwort

Die Ampel-Regierung konnte zu zentralen Fragen einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik keinen Konsens erzielen. Branchenübergreifend ist es für alle Unternehmen unabdingbar, dass die neue Bundesregierung zu einer **wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik** zurückkehrt, die verlässliche Rahmenbedingungen für private Investitionen, Innovationen und Fortschritt schafft.

Eine leistungsstarke TK-Infrastruktur, eine umfassende Digitalisierung von Produkten, Prozessen und eine Vernetzung von Daten sind Voraussetzung für eine **international wettbewerbsfähige deutsche Wirtschaft**. Deutschland gehört jedoch im Ländervergleich längst nicht zu den Spitzenreitern der Digitalisierung, die in den letzten Jahren nur schleppend vorangebracht werden konnte. Sinnbildlich hierfür steht der Glasfaserausbau, der sich sogar verlangsamt hat. Fest steht, dass die Ausbauziele des Bundes, bis zum Jahr 2030 eine flächendeckende Versorgung zu erreichen, nicht mehr realisierbar sind. Um eine Vollversorgung der Bevölkerung und Unternehmen zu stemmen, müssen die Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass der Steigerung der Ausbaugeschwindigkeit absolute Priorität zukommt.

Erforderlich ist eine Politik, die fähig und bereit ist, die Herausforderungen anzupacken. Der umfassende Mobilfunk- und Glasfaserausbau gehört zu den größten Infrastrukturprojekten des Landes und bedarf privater Investitionen im dreistelligen Milliardenbereich. Die hierfür notwendige **Planungssicherheit** ist unumgänglich, damit Deutschland nicht nur lediglich Schritt halten, sondern auch wieder einen Platz an der Weltspitze einnehmen kann. Konsequenter und zügiger Abbau von Bürokratie, Entlastung der Unternehmen und vor

allem ein Ende der Strategiepapier-Politik sind zentrale Anliegen der Branche und müssen nun konsequent umgesetzt werden.

Zudem müssen die **Bürgerinnen und Bürger viel stärker in den Fokus der politischen Maßnahmen** gerückt werden. Über digitale Dienste und umfangreiche Angebote der öffentlichen Hand müssen die Menschen im Land für die Digitalisierung begeistert und die Bedeutung umfassender Konnektivität sensibilisiert werden. Die Branche holt in wenigen Jahren auf, was vorher über Jahrzehnte versäumt wurde. Ganz **Deutschland wird für die Zukunft umgebaut** und Bürgerinnen und Bürger müssen auf dieser Reise stärker mitgenommen werden. Eine Digitalpolitik mit spürbarem Mehrwert für jeden Einzelnen muss sicherstellen, dass in Deutschland keine Netze gebaut werden, die nur zu einem Bruchteil ausgelastet sind.

Deutschland braucht Rahmenbedingungen, die die schnelle Transformation aller Sektoren ermöglichen und Unternehmen den notwendigen Spielraum für Innovationen und Investitionen bieten. **Dafür bedarf es eines klar wettbewerblich orientierten Leitbildes** in der Politik, das den Unternehmen, die mit ihrem Einsatz die Grundlage für die Digitalisierung des Landes schaffen, entsprechende Sicherheiten und eine langfristige Perspektive zum Festhalten am Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland vermittelt. Zur Umsetzung einer an einem solchen Leitbild orientierten Politik bedarf es handlungsfähiger Behörden, die ihre Effektivität nicht im Kompetenzgerangel verlieren.

Eine **Neujustierung der Wirtschaftspolitik** muss oberste Priorität der künftigen Bundesregierung haben.

Inhalt

Digitalisierung und Wettbewerb sind maßgebliche Treiber für eine florierende Wirtschaft	4
Gigabit 2030 – superschnelles Internet überall im Land	5
Mobilfunkausbau für eine verlässliche und flächendeckende Versorgung	8
Enabling the Gigabit Society	9
Fairer Wettbewerb für einen starken Telekommunikationsmarkt	10
Cybersicherheit, Daten- und Verbraucherschutz im Interesse aller	11
Heute in die Zukunft blicken – Deutschland nach 2030	13
EU-Binnenmarkt wettbewerbskonform voranbringen	14
Nachhaltiges Wirtschaften in Zeiten digitaler Transformation	15

Digitalisierung und Wettbewerb sind die Treiber für eine florierende Wirtschaft

Digitalisierung endlich koordiniert gestalten und steuern

Mit dem Beginn der Legislaturperiode 2021 waren die Erwartungen an ein **eigenes Digitalressort** sehr hoch. Allerdings wurden weiterhin viele digitalpolitische Themen insbesondere zwischen BMI, BMWK, BMBF und BMDV verteilt, statt sie effektiv in einem verantwortlichen Ministerium zu bündeln. Seit vielen Jahren sprechen wir uns daher für eine zentrale Stelle mit umfassenden Kompetenzen und Ressourcen aus, die nicht nur die Digitalisierung im engeren Sinn, sondern auch die damit einhergehende Transformation aller Sektoren querschnittsartig begleitet.

Sowohl Netzausbau, Sicherheit, Daten und Plattformen als auch Prozesse und Strukturen in den Verwaltungen – ein **zentrales Digitalministerium** kann viel konzentrierter bestehende Herausforderungen meistern, neue Potentiale ermitteln und insbesondere eine steuernde Funktion einnehmen, ohne dass anderen Ressorts ihre grundlegenden fachbezogenen Zuständigkeiten entzogen werden. In diesem Land werden keine neuen Strategiepapiere mehr benötigt, sondern konkrete Handlungs- und Umsetzungsschritte.

Ordnungspolitischen Kompass neu justieren

Wettbewerb und eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftspolitik sind Voraussetzungen für den flächendeckenden Ausbau von Gigabit-Infrastrukturen und für ein vielfältiges, innovatives Dienstangebot, von dem Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen

Digitalministerium – jetzt fokussieren!



Seit vielen Jahren spricht sich der VATM für EINE zentrale Stelle mit umfassenden Kompetenzen und Ressourcen aus, die nicht nur die Digitalisierung im engeren Sinn, sondern auch die damit einhergehende Transformation aller Sektoren querschnittsartig begleitet.

Mit Beginn der nun auslaufenden Legislaturperiode waren die Erwartungen an ein eigenes Digitalressort in Gestalt des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) sehr hoch. Leider wurde die Chance nicht konsequent genutzt, sondern weiterhin viele digitalpolitische Themen zwischen BMI, BMWK, BMBF und BMDV verteilt, statt sie effektiv in einem verantwortlichen Ministerium zu bündeln.

Deutschland muss es schaffen, Digitalisierung endlich koordiniert zu gestalten – mit einem zentralen Transformations- und Innovationsministerium.

Sowohl Netzausbau, Sicherheit, Daten und Plattformen als auch Prozesse und Strukturen in den Verwaltungen – ein Transformations- und Innovationsministerium kann viel konzentrierter bestehende Herausforderungen meistern, neue Potentiale ermitteln und insbesondere eine steuernde Funktion einnehmen, ohne dass anderen Ressorts ihre grundlegenden fachbezogenen Zuständigkeiten entzogen werden.

In diesem Land werden keine neuen Strategiepapiere mehr benötigt, sondern konkrete Handlungs- und Umsetzungsschritte.

[>>> ZUM POSITIONSPAPIER](#)

profitieren. Die digitale Infrastruktur und die Leistungsangebote der TK-Branche bilden dabei das Rückgrat der gesamten deutschen Wirtschaft.

Wirtschaftliches Wachstum in der Industrie, im Mittelstand und in kleineren Unternehmen hängt gleichermaßen von einem **starken wie auch vielfältigen Angebot von Kommunikationsdienstleistungen** ab. Umso wichtiger ist eine Wirtschaftspolitik für den gesamten Markt, die den Abbau von Marktmacht und die Stärkung von Wettbewerb unterstützt, effektiven Zugang zum Netz des marktmächtigen Unternehmens ermöglicht und die Einschränkung von Angebots- und Preisvielfalt durch missbräuchliches Verhalten eines marktmächtigen Unternehmens verhindert.

Die **Bedeutung eines funktionierenden Wettbewerbs** auf den Telekommunikationsmärkten für den Wirtschaftsstandort Deutschland muss wieder deutlich stärker in den Fokus rücken. Dafür bedarf es eines **ordnungspolitischen Leitbildes**, das den Wettbewerb als Zielvorgabe ganz nach vorne rückt. Die zukünftige Bundesregierung muss den Wettbewerb als Treiber des flächendeckenden Ausbaus stärken und missbräuchliches Verhalten durch marktbeherrschende Unternehmen effektiver unterbinden.

Gigabit 2030 – superschnelles Internet überall im Land

Kupferabschaltung aktiv gestalten – Chancen für Deutschland nutzen

Die flächendeckende Glasfaserversorgung ist ein zentraler Grundpfeiler der künftigen Telekommunikationsinfrastruktur und essenziell für die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Entwicklung. Auch wenn die endgültige Abschaltung der Kupfernetze erst in einigen Jahren vollzogen werden kann, muss dies vorausschauend vorbereitet werden. Deutschland

Kupfer-Glas-Migration



Eine der größten Herausforderungen in der TK-Branche in den kommenden Jahren ist die Abschaltung des veralteten Kupfernetzes und der Wechsel auf leistungsstarke Glasfaserinfrastruktur.

Der VATM vertritt als einziger Verband die Interessen der Ausbauer wie Zugangsnachfrager.

Für beide Marktparteien ist es essenziell, dass zeitnah die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Migration verbindlich geregelt werden. Ziel ist es, eine sichere „Landebahn“ für alle Marktteilnehmer mit zeitlichem Vorlauf ausreichend planbar zu gestalten. Dies bedeutet, dass für nachhaltigen Wettbewerb und Anbietervielfalt erforderliche Leistungen und Entgelte auf Vorleistungsebene bestehen sowie ein Schiedsrichter in Form der Bundesnetzagentur.

Zentral für das Gelingen der Migration ist die stringente Regulierung des marktmächtigen Unternehmens bereits in der Übergangsphase. Auch wenn klare gesetzliche Vorgaben fehlen, ist klar, dass die Bundesnetzagentur bereits auf Basis des heutigen TKG verpflichtet und in der Lage ist, die Abschaltung des Kupfernetzes diskriminierungsfrei auch für Glasfasernetze Dritter zu regeln. Gemeinsam mit der Branche muss die BNetzA dafür ein tragfähiges Regulierungskonzept erstellen.

In einem detaillierten Positionspapier hat der Verband die zentralen Leitplanken für einen erfolgreichen und zukunftssicheren Migrationsprozess formuliert.

[>>> ZUM POSITIONSPAPIER](#)

steht vor der einmaligen Chance, endlich **mehr und echten Wettbewerb** auf dem Telekommunikationsmarkt zu schaffen. Ausbauende Investoren und Unternehmen, die den Zugang

zu den neuen Netzen nachfragen, brauchen Planungssicherheit und damit verbindliche Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Migration. Dafür bedarf es eines **zeitnah verfügbaren Gesamtkonzeptes zur Kupfer-Glas-Migration**, das unter der Regie der Bundesnetzagentur erstellt werden und für alle Beteiligten maximale Transparenz schaffen sollte.

Die nächste Bundesregierung muss einen klaren Handlungsauftrag an die BNetzA und ein zukünftiges Digitalministerium richten und sicherstellen, dass diese Migration wettbewerbskonform und verbraucherfreundlich vollzogen wird. Auch bei einem erfolgten Ausbau von Glasfasernetzen durch Wettbewerber muss eine diskriminierungsfreie Migration auf die neuen Netze möglich sein, denn in Deutschland wird ein erheblicher Teil der neuen Infrastrukturen durch Wettbewerber geschaffen. Wettbewerbsschädliche Entwicklungen müssen dabei frühzeitig unterbunden werden. **Die Kupfer-Glas-Migration ist – bei richtiger Umsetzung durch die Behörden – eine einmalige Chance**, um die seit der Privatisierung des TK-Marktes im Jahr 1998 bestehende Marktbeherrschung durch die Deutsche Telekom zu durchbrechen.

Genehmigungsverfahren vereinfachen! Verwaltung digitalisieren! Bürokratie abbauen!

Langwierige Genehmigungsverfahren verzögern weiterhin den schnellen Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur in Deutschland. Bürokratieabbau, einheitliche und schlankere Genehmigungsprozesse auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene und eine digitale Verwaltung sind entscheidend, um den Netzausbau im Festnetz sowie im Mobilfunk erheblich zu beschleunigen.

Allem voran muss das „**überragende öffentliche Interesse**“ der TK-Netzinfrastruktur in Deutschland gesetzlich anerkannt werden. Ebenso wichtig sind die Erweiterung der Genehmigungsfreiheit sowie die Einführung der bundesweit vollständigen **Genehmigungsfiktion** (z. B. über die Musterbauordnung). Nach wie vor fehlt eine vollständige Digitalisierung der Genehmigungsverfahren, die bundesweit möglichst einheitlich gehandhabt werden sollte. Die Koordinierung von Bund, Ländern und Kommunen muss politisch deutlich vorangetrieben und die Ende-zu-Ende-Wirksamkeit von gesetzlichen Regelungen sichergestellt werden. Sinnvolle Initiativen wie das Breitbandportal des Bundes müssen konsequent weiter ausgebaut, die Nachnutzung durch Länder und Kommunen und die Finanzierung für die öffentliche Hand sichergestellt werden.

Eine effiziente Verfahrensbeschleunigung gelingt unter anderem durch

- eine Abschaffung der Genehmigungspflicht für die Verlegung und Änderung von TK-Linien zugunsten einer Anzeigepflicht
- einen Anspruch auf verkehrsrechtliche Anordnung innerhalb von vier Wochen
- die Harmonisierung verschiedener Landesbauordnungen
- insgesamt mehr Standardisierung und „One-Stop-Shop“-Mentalität
- das Reduzieren von Ausnahmeregelungen auf das Notwendigste und
- eine Reduzierung der Genehmigungsanforderungen für notwendige Infrastrukturen, einschließlich der Sekundärinfrastruktur wie Glasfaser- und Energieanschlüsse der Mikro-Antennentechnik.

Breitbandförderung optimieren – Lückenschluss und Glasfaser bis ins Haus

Der eigenwirtschaftliche Glasfaserausbau durch private Unternehmen muss immer Vorrang vor einem geförderten Ausbau haben. Förderung mit öffentlichen Geldern ist nur dort sinnvoll, wo ein eigenwirtschaftlicher Ausbau nicht zu erwarten ist. Die seit 2023 entfallene Aufgreifschwelle (bei 100 MBit/s Download) für die Gigabit-Förderung hat zu einer Vermischung und damit zu einer „Über“-Förderung geführt. Versuche, eine bessere Verzahnung von eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau zu erreichen, haben nicht das gewünschte Ergebnis gebracht.

Ein künftiges Förderregime sollte sich dagegen wieder auf das Wesentliche konzentrieren, d. h. vorrangig auf den **Lückenschluss** und die Ermöglichung möglichst **großer Ausbaugebiete** („Cluster“) für eigenfinanzierte Ausbauprojekte der Wirtschaft. Große Cluster mit Misch-Kalkulation (attraktive und weniger attraktive Gebiete) reduzieren den Förderbedarf von Bund und Ländern. Das zuletzt aufgelegte Lückenschluss-Programm mit dem Ziel, kleine, bisher noch nicht gigabitfähige Versorgungslücken in einem vereinfachten und schnelleren Verfahren flächendeckend zu schließen, ist lediglich ein Pilotprojekt und trotzdem ein guter Ansatz, der viel Potential birgt. Die Politik sollte diesen Ansatz daher weiterverfolgen, sodass eigenwirtschaftlicher Ausbau und effiziente Förderung sinnvoll miteinander verzahnt werden. Eine **Reduktion des bisherigen Fördervolumens** ist nach wie vor dringend erforderlich: Es sollte jährlich die Summe von einer Milliarde Euro nicht überschritten werden, um negative Auswirkungen auf den eigenwirtschaftlichen Ausbau zu verhindern.

Um den Ausbau von Glasfasernetzen zu beschleunigen, sollte ein Anteil der Fördermittel in Form einer ergänzenden Nachfrageförderung mittels Voucher genutzt werden können.

Investitionsstandort Deutschland: Planungssicherheit schaffen! Rahmenbedingungen verbessern!

Deutschland muss wieder zu einem attraktiven **Investitionsstandort** werden. Dafür muss **fairer Investitionswettbewerb** gesichert und das **marktschädliche Verhalten der Telekom** konsequent **unterbunden** werden. Das Potential ist nach wie vor enorm und das Engagement insbesondere internationaler Investoren groß. Diese notwendigen Milliarden-Investitionen in Gigabit-Netze werden aber nicht nur durch die fehlende Planungssicherheit gefährdet, sondern auch durch ständige Verschärfungen beim Verbraucherschutz, durch zusätzliche Berichts- und Dokumentationspflichten und eine immer größere Detailtiefe von Richtlinien und Gesetzen.

Deutschland steht im globalen Wettbewerb um Investitionsmittel, und Investoren reagieren sensibel auf unsichere Marktverhältnisse. Schwindendes Vertrauen der Investoren in die Sicherheit ihrer Investitionen in Deutschland muss um jeden Preis verhindert werden, da ansonsten **die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands** dauerhaft gefährdet ist. Ein flächendeckender Glasfaserausbau bis in die Wohnungen und Häuser in Deutschland erfordert weitere mehr als 150 Milliarden Euro, die **nur als gemeinsamer Kraftakt der Branche** und keinesfalls von der mit einer Rekordverschuldung von über 130 Milliarden Euro belasteten Deutschen Telekom allein zu stemmen sind.

Die Reduzierung bürokratischer Hürden, stabile rechtliche Rahmenbedingungen, effektivere Verhinderung von Marktmachtmissbrauch und mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung der Unternehmen sind entscheidend für ein attraktives Investitionsklima, das den digitalen Infrastrukturausbau für einen starken Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland ermöglicht.

Mobilfunkausbau weiter beschleunigen – für eine verlässliche und flächendeckende Versorgung

Mehr Tempo bei 5G: Optimale Rahmenbedingungen für den Mobilfunkausbau sicherstellen

Der Mobilfunk braucht Rahmenbedingungen, die den Ausbau erleichtern und beschleunigen. Viele Stellschrauben für mehr Tempo bei der Errichtung neuer Mobilfunkmasten wurden bislang gar nicht oder nicht ausreichend genutzt.

Hierzu gehören:

- Koexistenz von Photovoltaikanlagen und Mobilfunkstandorten auf Dächern ermöglichen. Nutzungskonflikte dürfen nicht zulasten des Mobilfunks gehen.
- **Steueranreize** ermöglichen für die Beschleunigung der Vermietung und des Verkaufs von Liegenschaften an Funkturmunternehmen für die Aufstellung von Mobilfunkmasten.
- Beschleunigung des Netzausbaus durch **Anerkennung des überragenden öffentlichen Interesses**, wie im TK-NABEG vorgesehen, ohne Einschränkung nahtlos umsetzen.

- Möglichkeiten zur Einsichtnahme in bestehende Datenbanken zur elektromagnetischen Verträglichkeit (EMF) bei der Bundesnetzagentur für ausbauende Funkturmunternehmen („Tower Companies“) und Mobilfunknetzbetreiber. Dies erleichtert die Planung und Kollokation an Dachstandorten und beschleunigt den Ausbau.
- Schnelle **Versorgung neuer Mobilfunkstandorte mit Strom**. Ein Versorgungsangebot durch die Energieversorger sollte innerhalb von zwei Monaten verbindlich vorliegen. Analog zur Regelung für Erneuerbare-Energie-Anlagen sollten Stromanschlüsse für Mobilfunkstandorte daher unverzüglich und vorrangig realisiert werden.

Unwirtschaftliche Regionen erschließen – Mobilfunkausbau gezielt fördern

Wie der Festnetzausbau wird auch der Mobilfunkausbau maßgeblich eigenwirtschaftlich vorangetrieben. Förderung ist dennoch ein entscheidender Faktor für den Ausbau und den Betrieb von Mobilfunknetzen in unwirtschaftlichen Gebieten. Eine Förderung ist insbesondere dann geeignet, wenn sie zu einer wesentlichen Verbesserung der Mobilfunkversorgung führt. Bei den weißen Flecken und auch bei den Standorten entlang der Schienenwege handelt es sich in der Regel genau um solche Gebiete. Somit sollte sich ein zukünftiges Förderprogramm auch auf Standorte aus den Versorgungsaufgaben der Bundesnetzagentur beziehen.

Die Mobilitätswende mit der Verlagerung des Individualverkehrs auf die Schiene kann nur mit einer flankierenden Digitalisierung gelingen. Für die breite Akzeptanz des Verkehrsweges Schiene zählt auch eine leistungsfähige Versorgung mit Mobilfunk. Die **Versorgung von Fahrgästen innerhalb eines Schnellzuges** ist aus physikalischen, regulatorischen und

finanziellen Gründen herausfordernd. Bisher gibt es noch keine Lösung, mit der die steigende Nachfrage nach breitbandigem Internetzugang im voll besetzten und mit bis zu 300 km/h fahrenden ICE mittel- und langfristig gedeckt werden kann.

Das leistungsstarke Mobilfunknetz der Zukunft mit noch schnelleren Datentransfers für die künftigen Anwendungen braucht ein engmaschiges Netz von Antennenstandorten.

Generell sollte die **Standortsuche durch folgende Maßnahmen erleichtert** werden:

- Schnelle, digitale und unbürokratische **Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Grundbücher der Gemeinden** über eine entsprechende Schnittstelle (API) oder ein Datenportal. Diese Einsicht in die Daten der Grundbuchämter muss bundesweit einheitlich umgesetzt werden.

Fest steht, dass ein Ausbau an den Gleisen, aber auch der Betrieb einer solchen Infrastruktur nicht privatwirtschaftlich durch die Mobilfunknetzbetreiber finanziert werden kann. Es braucht ein **tragfähiges Finanzierungskonzept** zwischen Bahn, Politik und Mobilfunknetzbetreibern, um das Zielbild einer Mobilfunkversorgung im Zug zu erreichen.

Enabling the Gigabit-Society

Die Forderung nach Digitalisierung in der Verwaltung ist wichtiger denn je, um den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft gerecht zu werden. Die Einführung digitaler Prozesse kann nicht nur die Effizienz und Schnelligkeit von Ver-

waltungsabläufen steigern, sondern auch die Bürgerzufriedenheit erhöhen. Transparenz und Nachvollziehbarkeit werden durch digitale Lösungen gefördert, was das Vertrauen in staatliche Institutionen stärkt. Ein zentraler Aspekt ist der Datenschutz. Bei der Digitalisierung müssen **klare Standards und Sicherheitsmaßnahmen** etabliert werden, um die sensiblen Daten der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Insgesamt ist die Digitalisierung der Verwaltung ein grundlegender Baustein, um die Digitalisierung der Gesellschaft voranzutreiben. Gesetzliche Regelungen, die Kommunen und andere Behörden verpflichten, Verwaltungsvorgänge digital anzubieten, sind zu begrüßen. Dies erleichtert auch die Umsetzung von (Bau-) Projekten der Privatwirtschaft. Der Aufbau eines offenen Ökosystems für digitale Identitäten muss daher eine zentrale Priorität der neuen Bundesregierung sein.

Digitale Identitäten priorisiert vorantreiben und etablieren

Mit der novellierten eIDAS 2.0-Verordnung ist im Mai 2024 ein neuer Rechtsrahmen für digitale Identitäten in Europa in Kraft getreten, der in den Mitgliedstaaten der EU umgesetzt werden muss. Nun gilt es, ein innovatives und von einer breiten Akzeptanz getragenes Ökosystem für digitale Identitäten in Deutschland aufzubauen. Das Ökosystem sollte auf einem offenen Ansatz basieren, der die Koexistenz von staatlichen und privatwirtschaftlichen Wallets fördert. Vorhandene Reichweiten und Infrastrukturen der Privatwirtschaft (sichere E-Mail-Konten oder Login-Dienste wie z. B. netID) sollten dabei berücksichtigt und integriert werden.

Auf Basis einheitlicher Zertifizierungsanforderungen kann dadurch ein offenes Ökosystem für digitale Identitäten entstehen, das Innovationen

befördert und von den Nutzerinnen und Nutzern akzeptiert und regelmäßig genutzt wird. Dies fördert die überfällige Digitalisierung bei Behördengängen und in der Privatwirtschaft. Der Aufbau eines offenen Ökosystems für digitale Identitäten sollte daher eine zentrale Priorität einer wirtschaftsorientierten und die Digitalisierung als Priorität betrachtenden Politik sein.

Fairer Wettbewerb für einen starken TK-Markt

Kein schneller Ausbau ohne Wettbewerb – Marktmachtmissbrauch eindämmen

Treiber des Glasfaserausbaus in Deutschland sind seit Jahren die Wettbewerber der Deutschen Telekom. Rein auf die Verdrängung wettbewerblischer Investitionen ausgerichtete Störmanöver des marktbeherrschenden Unternehmens Deutsche Telekom wie **strategischer Überbau und -vertrieb** haben in den vergangenen zwei Jahren viele flächendeckende Ausbauprojekte gefährdet, nachträglich unrentabel gemacht und Investitionen verhindert. Das wettbewerbschädigende Verhalten wurde von der Bundesnetzagentur zwar dokumentiert, die Interessen der Deutschen Telekom allerdings auch durch die Einflussnahme des Bundesdigitalministeriums geschützt. Dies hat dem Ruf Deutschlands als verlässlicher Investitionsstandort und dem Glasfaserausbau erheblich geschadet.

Die Deutsche Telekom wird – nach eigenen Aussagen – auch weiterhin durch Überbau ihrer Kundenbestand mit unlauteren Methoden zur Abschreckung und Verdrängung von Wettbewerbern verteidigen und damit **ihre marktbeherrschende Stellung sichern**, zulasten des Glasfaserausbaus gerade im ländlichen Raum,

zulasten der Bürgerinnen und Bürger und der deutschen Wirtschaft.

Eine **schwache „Regulierung Light“** durch die Bundesnetzagentur und die Missbrauchsaufsicht des marktbeherrschenden Unternehmens sind nicht in der Lage, funktionierenden Wettbewerb in Deutschland zu ermöglichen. In einem durch **verkrustete Marktmachtverhältnisse** und anhaltende Marktbeherrschung durch die Deutsche Telekom geprägten Markt darf sich die Regulierung nicht aus der Verantwortung ziehen und **wettbewerblische Verwerfungen** mit weitreichenden Folgen für Verbraucherwohlfahrt und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft riskieren.

Wettbewerbsstudie zeigt wachsende Marktdominanz der Telekom



Nach mehr als einem Vierteljahrhundert Liberalisierung verfügt die Deutsche Telekom noch immer über eine marktbeherrschende Stellung im gesamten deutschen Telekommunikationsfestnetzmarkt. Das ist das Ergebnis der zweiten Studie zur „Analyse der Wettbewerbssituation auf dem deutschen Festnetzmarkt“ von VATM und Dialog Consult.

Die Bedeutung der Glasfaseranschlüsse nimmt stetig zu, dennoch ist die „Kupferleitung“, auf der aktuell gut zwei Drittel aller aktiven Anschlüsse (ca. 24 Mio.) basieren, nach wie vor die dominierende Anschlusstechnik.

Wettbewerb und auch Wertschöpfung finden noch überwiegend auf der Kupfer-Plattform der Telekom statt. Die Situation für die Wettbewerber der Telekom wird zunehmend schwieriger. Eine unzureichende Regulierung behindert hier den Wettbewerb ebenso wie den Glasfaserausbau.

[>>> ZUR STUDIE](#)

Beispielsweise erzielt die Deutsche Telekom auf Basis der bestehenden Regulierung Jahr für Jahr erhebliche Überrenditen, indem sie die Vorleistungsprodukte ihres abbeschriebenen Kupfernetzes auf Basis aktueller Wiederbeschaffungskosten berechnen darf. Durch die **jahrelangen Überzahlungen** werden die Investitionen der Deutschen Telekom in Glasfaserinfrastruktur bis 2024/25 in Höhe von ca. 14,5 Mrd. Euro zu 57 Prozent bzw. mit 8,2 Mrd. Euro von den Wettbewerbern „mitfinanziert“. Derartige Quersubventionierungsmöglichkeiten bestehen zugunsten ihrer Wettbewerber und deren Investoren nicht.

Veräußerung der staatlichen Anteile an der Deutschen Telekom

Die hohe Staatsbeteiligung an der Deutschen Telekom AG in Höhe von immer noch knapp 28 Prozent der Aktien ist und bleibt unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten weiterhin problematisch. Die Mehrfachrolle des Staates als Aktionär, Regulierer und Gesetzgeber führt zu einer handfesten Interessenskollision mit negativen Effekten für Ausbautempo und Wettbewerbsintensität.

Wir brauchen eine Bundesregierung, die sich in den nächsten Jahren von den Telekom-Anteilen trennen kann!

Durch die Veräußerung der Staatsanteile der Telekom könnte **dringend benötigtes Kapital für Digitalisierungsprojekte der öffentlichen Hand** bereitgestellt werden. Nur mit einem großen Angebot digitaler Dienste vonseiten des Staates kann die Verwaltung entlastet, die Bevölkerung für die Vorteile der Digitalisierung sensibilisiert und der gesamte Standort gestärkt werden.

Ein **Ende der Staatsbeteiligung an der Deutschen Telekom AG** ist seit Jahren eine zentrale Forderung auch der Monopolkommission und zahlreicher Wirtschaftsexperten.

Cybersicherheit, Daten- und Verbraucherschutz im Interesse aller

Prinzip einer effizienten Datennutzung statt überbordendem Datenschutz

Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) war einst eine moderne Antwort auf den wachsenden Datenverkehr und die immer größere Menge erzeugter Daten. Heute jedoch wird eine rein restriktive Regulierung den Bedürfnissen der Datennutzer nicht mehr gerecht. Künstliche Intelligenz etwa benötigt eine große Vielfalt an Datensätzen, um zu lernen und neue Lösungen zu generieren. Wir brauchen eine **Datenschutzpolitik, die verantwortungsvolle Datennutzung ermöglicht, statt sie zu verhindern.**

Die neue Bundesregierung muss ihre Gesetze zum Datenschutz daher an ein modernes Regime zur fortschrittlichen Datennutzung anpassen, damit der Legislativrahmen im internationalen Wettbewerb nicht zu einem Hindernis, sondern zu einem Standortfaktor für Investitionen, Innovationen und Wettbewerb wird. Dazu gehört, EU-Richtlinien wie den AI Act wortgetreu in nationales Recht umzusetzen und nicht „überzuerfüllen“. Nur so können Innovationen gefördert und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sichergestellt werden.

Verbraucherschutz statt Endkundenschutz

Der VATM bekennt sich ausdrücklich zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern, der ein wichtiges Instrument im Wettbewerb darstellt. Er muss die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher aber tatsächlich stärken, darf sie nicht überfordern oder im schlimmsten Fall von der Nutzung neuer digitaler Dienstleistungen abhalten.

Mit großer Sorge nehmen wir seit Jahren eine **zunehmende Eingriffstiefe bei Verbraucherschutzrechten** wahr, die die Unternehmen vor immer größere Herausforderungen stellt. Wo früher das Leitbild des „mündigen Verbrauchers“ galt, ist heute eher eine Bevormundung von Verbraucherinnen und Verbrauchern festzustellen. Häufig kommt es durch neue, vermeintlich Verbraucherschützende Regelungen tatsächlich gar nicht zu den angestrebten Verbesserungen, sondern zu einem Informationsüberfluss, der faktisch keinen Mehrwert bietet. Aufseiten der Unternehmen gehen diese Regelungen jedoch mit hohen Kosten für Implementierung und bürokratischem Aufwand einher.

Beispiele hierfür sind etwa die Produktinformationsblätter, die von den potentiellen Kundinnen und Kunden kaum angeklickt werden, aufseiten der Unternehmen aber einen erheblichen Implementierungsaufwand bedeuten. Der Gesetzgeber bezieht sich bei Schutzvorschriften auch unnötig oft auf den „Endkunden“, was gewerbliche Kunden einschließt. Daher sollte **zukünftig zwischen Verbrauchern, also Privatkunden, und den Geschäftskunden der Telekommunikationsanbieter unterschieden werden**. Während Privatkunden ein hohes Bedürfnis nach Rechtsschutz haben, stehen Geschäftskunden je nach Größe des Unternehmens oft mehr Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Hier sollte vermieden werden, dass Unterschiedliches gleichbehandelt wird und Regelungen zum Verbraucherschutz zum Bremsklotz in sogenannten B2B-Beziehungen werden. Geschäftskunden haben stattdessen sogar ein höheres Interesse an Variabilität und Flexibilität, dem die gesetzlichen Vorgaben häufig entgegenstehen.

Der VATM setzt sich für verbraucher-schützende Regelungen ein, die diesen Namen auch tatsächlich verdienen!

Sowohl in Brüssel als auch im Rahmen der nächsten Überarbeitung des TKG sollten Verbraucherschützende Regelungen wieder auf ein für alle Beteiligten sinnvolles Maß zurückgeführt und europaweit harmonisierte Regelungen geschaffen werden. Die neue Bundesregierung muss zukünftig den oft nur scheinbaren Nutzen neuer, die Wirtschaft belastender Regelungen abwägen und zunehmende Belastungen verhindern. Gemeinsames Ziel sollten **Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher**, europaweit harmonisierte Regelungen, **der Abbau von bürokratischen Regeln**, die in der Praxis keinen echten Mehrwert bieten, sowie digitale, ressourcenschonende Lösungen sein.

Kein „Trial-and-Error“ bei Datenspeicherung

Ein erneutes Scheitern eines Gesetzgebungsverfahrens zur Vorratsdatenspeicherung schadet der inneren Sicherheit ebenso wie den Unternehmen. Die neue Bundesregierung muss die Speicherung von Verkehrsdaten zu Zwecken der Strafverfolgung daher in engem Austausch mit der Branche neu regeln. Oberste Priorität für die Telekommunikationsbranche sind **Rechtsicherheit** und die Vermeidung von Vorgaben, die zu ungeeigneten Prozessen und ungerechtfertigten Kosten führen.

Sicherheit im Netz fördern und erhalten

Die NIS2- und CER-Richtlinien der EU müssen schnellstmöglich auf nationaler Ebene umgesetzt werden, um endlich Planungssicherheit zu schaffen. Beide Gesetze gehören zu den zentralen Vorhaben im sensiblen Sicherheitsbereich. Die neue Bundesregierung muss dabei vor allem eine realistische Begrenzung der neuen Belastungen für die Unternehmen im Blick behalten. Aufgrund der neuen Kriterien bei „wichtigen“ und „besonders wichtigen“ Einrichtungen ist nun nahezu der gesamte Telekommunikationssektor betroffen.

Heute in die Zukunft blicken – Deutschland nach 2030

Schlüsseltechnologien als Basis für die Kommunikation der Zukunft fördern

Um neue Technologien optimal für den europäischen marktgetriebenen Infrastrukturausbau – nicht zuletzt bei 5G – nutzen und gleichzeitig flexibel auf neue Sicherheitsanforderungen reagieren zu können, sind neue Industriestandards zunehmend wichtig. Wir halten es für besonders wichtig, Schlüsseltechnologien wie 6G, Open RAN, WiFi 7 und „Zukunftsthemen“ wie Quanten-Computing, Post-quantum cryptography, und Künstliche Intelligenz als Basis für die Kommunikation der Zukunft gezielt zu fördern.

Insbesondere der Open-RAN-Hardware-Standard fördert die technologische Souveränität und reduziert die Abhängigkeit von einzelnen Zulieferern, etwa mit Blick auf Mobilfunknetze. Von strategischer Bedeutung ist daneben die Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie.

Die Nutzung von KI – für mehr Innovationskraft und Wettbewerb

Unter den Zukunftstechnologien nimmt der Sammelbegriff Künstliche Intelligenz eine Schlüsselrolle ein. KI wird die meisten Prozesse in der Wirtschaft und die Zivilgesellschaft durchdringen und bietet Möglichkeiten, die heute noch nicht in Gänze abgeschätzt werden können. Der globale Wettlauf um die Technologieführerschaft ist im Gange. Damit die **Anwendung von KI in Deutschland rechtssicher** möglich ist, muss die künftige Bundesregierung den AI Act der EU zügig, aber mit Bedacht in nationales Recht überführen. **„Dienste made in Germany“** sind mit hiesigen Anbietern und Innovatoren möglich, das Potential der Spezialisten ist enorm. Allein an einem internationalen „Level-Playing-Field“ mit fairen Möglichkeiten im globalen Wettbewerb fehlt es bislang.

Zudem sind öffentliche Investitionen und Förderprogramme für europäische KI-Lösungen erforderlich, um im Wettbewerb mit den USA und China, aber auch dem europäischen Vorreiter Großbritannien, zu bestehen. Die Politik sollte deshalb die Innovationskraft der Branche durch verlässliche Rahmenbedingungen stärken. Dazu gehört auch die heimische Produktion von KI-fähigen Computerchips.

Cloud-Technologien und weitere Leuchtturmprojekte weiter fördern

Digitale Souveränität ist eine entscheidende Voraussetzung, um im digitalen Zeitalter den wirtschaftlichen Wohlstand, die nationale Sicherheit sowie den Schutz von Grundrechten zu gewährleisten. Cloud-Lösungen deutscher Unternehmen erfüllen höchste Sicherheitsanforderungen.

Öffentliche Auftraggeber müssen aber deutlich stärker als bisher souveräne Cloud-Lösungen nachfragen, damit diese langfristig am Markt bestehen können. Die Bundesregierung sollte zudem **europäische Maßnahmen zur Stärkung deutscher Cloud-Provider** aktiv unterstützen und darauf hinwirken, dass gemeinsame europäische Initiativen weiter gestärkt werden.

Rahmenbedingungen für Rechenzentren verbessern

Rechenzentrumsbetreiber in Deutschland sind auf wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen angewiesen. Dazu zählen insbesondere schnelle und unbürokratische Planungs- und Genehmigungsprozesse sowie wettbewerbsfähige Energiepreise. Gerade in Anbetracht stetig steigender Energiekosten fordert der VATM von einer zukünftigen Bundesregierung, die Kosten über die **Implementierung eines Industriestrompreises** zu regulieren. Die Telekommunikationsnetzbetreiber und Rechenzentren sind dabei zwingend zu berücksichtigen, da sie für die Versorgung des Standortes Deutschland mit Kommunikationslösungen und digitalen Diensten unverzichtbar und somit systemrelevant sind. Es ist dringend angezeigt, angesichts der Entwicklung der Energiepreise sinnvolle Lösungen zu entwickeln, um negative Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland abzuwenden.

[>>> ZUM POSITIONSPAPIER](#)

Bereits heute findet eine Verlagerung von Rechenzentrums-Kapazitäten und Arbeitsplätzen ins Ausland statt. Es besteht insofern für Deutschland dringender Handlungsbedarf. Vor allem sollten bei der Konzeption energiepolitischer

Maßnahmen die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Digitalwirtschaft berücksichtigt werden.

EU-Binnenmarkt wettbewerbskonform voranbringen

Anzustreben ist eine starke Rolle Deutschlands bei den anstehenden Beratungen über den künftigen TK-Rechtsrahmen und weiterer zentraler Rechtssetzungsvorhaben in der EU. Dabei sollte Deutschland in Brüssel wieder in die **Rolle eines „Thought Leaders“** kommen und aktiv darauf hinwirken, dass eine wettbewerbsfördernde Konkretisierung des Rechtsrahmens geschaffen wird. Die zukünftige Bundesregierung sollte konkret die Besonderheiten des deutschen Marktes im Auge behalten und sich für diesen in Brüssel einsetzen.

Eine Harmonisierung auf europäischer Ebene sollte für ausgewählte Bereiche, etwa die Sicherheits- und Verbraucherschutzanforderungen betreffend, durchgeführt werden. So können Hürden für pan-europäische Anbieter gesenkt und zusätzlich Anreize geschaffen werden, grenzüberschreitende Dienste anzubieten. Darüber hinaus ist ein erhebliches Augenmerk auf den **Bürokratieabbau und die Vermeidung weiterer Berichtspflichten** zu richten. Eine Aufnahme von Wirtschaftsaktivitäten in die EU-Taxonomie, die zur Bereitstellung moderner digitaler Infrastruktur dienen, hat das Potential, notwendige zusätzliche Investitionen in nachhaltige Netzwerke zu sichern. Gleichwohl muss im Zuge der Konsolidierung der ESG-Berichterstattung (Umwelt, Soziales und Governance) darauf geachtet werden, dass dadurch

entfallende Berichtspflichten nicht umgehend in einer gar ausgeweiteten Fassung erneut eingeführt werden. Gleiches gilt für Registrierungs- und Audit-Verpflichtungen, die paneuropäisch nach gleichen Standards aufgesetzt und anerkannt werden müssen.

Änderungen im Wettbewerbsrecht auf EU-Ebene sollten anstreben, die zu regulierenden Märkte EU-weit bzw. global zu betrachten, um den neuen Marktrealitäten besser zu entsprechen.

Nachhaltiges Wirtschaften in Zeiten digitaler Transformation

Die digitale Infrastruktur als treibender Faktor für mehr Nachhaltigkeit

Trotz erhöhtem Energiebedarf durch stetig wachsenden Datenverkehr sind digitale Infrastrukturen „Enabler“ für die Steigerung der Energieeffizienz und können je nach Betrachtung zwischen 25 Prozent und dem 16-fachen an CO₂-Emissionen einsparen. Insbesondere moderne, energieeffiziente Mobilfunk- und Festnetztechnologien **sind effektive Werkzeuge, um die Energiewende und Dekarbonisierung** voranzutreiben. Im Vergleich zu vorangegangenen Generationen lassen sich CO₂-Emissionen durch die Nutzung von 5G um 85 Prozent reduzieren, während Glasfaserkabel 93 Prozent weniger Strom verbrauchen, als bei VDSL über Kupferkabel benötigt wird.

Aus Nachhaltigkeitsgründen ist daher sowohl der **Ausbau der 5G-Technik** als auch die **Migration von Kupfer auf Glas** zu forcieren. Da Netto-Einsparungen erst erfolgen können, wenn parallel betriebene Kupferleitungen abgeschaltet worden sind, darf die Abschaltung nicht davon abhängen, welches Unternehmen das Glasfasernetz in einer Region betreibt.

Trotz ihres insgesamt überragend positiven Beitrages zu Klimazielen werden die Ressourcen von Telekommunikationsunternehmen jedoch durch eine überbordende Bürokratielast gebunden. Erforderlich ist es, diese bürokratischen Vorgaben umgehend abzubauen, um den Ausbau nachhaltiger Telekommunikationsnetze zu fördern.

Für eine zukunftsgerichtete Gigabit- und Digitalpolitik! Den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder auf Kurs bringen.